



MASSTAB

BEBAUUNGSPLAN 1:1000

ÜBERSICHTSLAGEPLAN 1:5000

Planunterlagen:

Amtliche Flurkarten der Ver-messungsämter im Maßstab 1:1000. Stand der Vermessung vom ... 1969 ... Nach Angabe des Vermessungsamtes zur genauen Maßentnahme nicht geei-

Höhenschichtlinien vergrößert aus der amtlichen bayerischen Höhenflürkarte vom Maßstab 1:5000 auf den Maßstab 1:1000 Zwischen-Höhenschichtlinien sind zeichnerisch interpolliert. Zur Höhenentnahme für ingenieurtechnische Zwecke nur bedingt geeignet. Photogrammetrische bzw. tachymetrische Höhenaufnahmen wurden von

erstellt.

Die Ergänzung des Baubestandes der topographischen Gegebenheiten sowie der ver- und entsorgungstechnischen Einrichtungen erfolgte am 12,05,89

(keine amtliche Vermessungsgenauigkeit).

Untergrund: Aussagen und Rückschlüsse auf die Untergrundverhältnisse und die Bodenbeschaffenheit können weder aus den amtlichen Karten noch aus Zeicnung und Text abgeleitet werden

Nachrichtliche Übernahmen: Für nachrichtlich übernommene Planungen und Gegebenheiten kann keine Gewähr übernommen werden.

Urheberrecht: Für die Planung behalte ich mir alle Rechte vor Ohne meine vorherige Zustimmung darf die Planung nicht geändert werden

GEZ.:	10.01.91	Ba
GEPR.:		
GEÄND, am	ANLASS	VON
		-
	1	

ZEICHNUNGS-NR.

A 90 - 181.9

EBAUUNGSPLAN SCHUHBAUERFELD ERWEITERUNG

GEMEINDE LANDKREIS: REG.-BEZIRK:

ADLKOFEN LANDSHUT NIEDERBAYERN

1. Aufstellungsbeschluß:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 10.12.90 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß wurde am 11.12.90 ortsüblich bekanntgemacht.

Adlkofen,

02 April 139

2 Plandurchführung nach dem Gesetz zur Erleichterung des Wohnungsbaus (§ 1 Abs. 2 WoBau Erl G v. 17.05.90)

Adlkofen,

den 02 April 199

3. Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB:

Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 10.01.91 01.02.91 wurde mit Begründung in der zeit von bis 01.03.91 öffentlich ausgelegt.

Adlkofen,

den 0 2. April 1891

4. Beschluß über den Bebauungsplan nach § 10 BauGB:

Die Gemeinde in der Fassung vom

beschließt den Bebauungsplan 10.01.91 als Satzung.

114

Adlkofen. den 02 April

5. Anzeigeverfahren nach § 11 BauGB:

Dem Landratsamt wurde der Bebauungsplan gemäß § 11 BauGB angezeigt. Das Landratsamt hat keine Verletzung von Rechtsvorschriften gemäß § 11 Abs. 2 BauGB geltend gemas

Landshut.

den 27. Juni 1991

6. Inkrafttreten des Bebauungsplanes nach § 12 BauG Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gem § 11 BauGB am **18. Juli 199** üblich bekanntgema

Adlkofen,

1991 Walledoct.

Landshut, den 10.01, 91

Luxulul

KRITSCHEL

Architektur- und Ingenieurbürg Gabelsbergerstraße

8300 LANDSHUT Telefon 0871 - 61091

EXTLICHE FESTSETZUNGEN

- 0.1. BAUWEISE:
- 0.1.1. offen (§ 22 Abs. 2 BauNVO) bei Einzelhausbebauung
- 0.2. MINDESTGRÖSSE DER BAUGRUNDSTÜCKE:
- 0,2.1. Bei geplanten Einzelhausgrundstücken

= 550 qm

- 0.3. GESTALTUNG DES GELÄNDES:
- 0.3.1. Das Gelände darf in seinem natürlichen Verlauf auch durch die Errichtung von Bauwerken nicht unnötig verändert oder gestört werden, damit ein harmonisches Landschaftsbild erhalten bleibt. Nicht zulässig sind unnötige Geländeanschüttungen oder Abgrabungen, um z.B. bei einem Hanggelände statt einem Hanghaus eine ebenerdige Bebauung zu erreichen.
- 0.4. FIRSTRICHTUNG:
- 0.4.1. Die einzuhaltende Firstrichtung verläuft parallel zum Mittelstrich der Zeichen unter Ziffer 2.1.1. und 2.1.2.
- 0.5. EINFRIEDUNGEN:
- 0.5.1. Einfriedungen für die planlichen Festsetzungen der Ziffer 2.1.1. und 2.1.2.

Ausführung und Art: Straßenseitige Begrenzung

Holzlatten- und Hanichlzaun: Oberflächenbehandlung mit braunem Holzimprägnierungsmittel ohne deckenden Farbzusatz, Zaunfelder vor Zaunpfosten durchlaufend. Zaunpfosten 0,10 m niedriger als Zaunoberkante. Pfeiler für Gartentüren und Tore in Mauerwerk,

verputzt oder glattem Beton.

Höhe des Zaunes: Sockel:

über Straßen- bzw. Gehsteigoberkante höchstens 1,00m

unzulässig

Wachsende Zäune als Heckenbepflanzung:

Max. Höhe von 1,20 m, gemessen ab natürlichem Gelände (freiwachsende Blüten-, Deck-, Zier- und Fruchtsträucher; keine Koniferen-Hecken oder architektonisch geschnittene Hecken), an seitlichen Grundstücksgrenzen sind auch Maschendrahtzäune mit Hinterpflanzung zulässig.

- 0.6. GEBÄUDE UND NEBENGEBÄUDE:
- Garagen und Nebengebäude sind in Dachform, Dachdeckung und Dachneigung 0.6.1. dem Hauptgebäude anzupassen. Traufhöhe: talseitig nicht über 3,80 m
- Zwischen Garagentor und öffentlicher Verkehrsfläche muß ein Abstand 0.6.2. von mind. 5,5 m freigehalten werden. Der KFZ-Stauraum darf zur Straße hin nicht eingezäunt werden.
- 0.6.3. Bei zusammengebauten Garagen müssen Dachform, Dachneigung und Dachdeckung einheitlich ausgebildet werden.
- Garagen und Nebengebäude (§ 14 BauNVO) sind nur innerhalb der im 0.6.4. Bebauungsplan festgesetzten Flächen oder der sonstigen überbaubaren Flächen zulässig.
- Die Stellplätze vor Garagen und Grundstückszufahrten sind durchlässig zu gestalten (z.B. humus- oder rasenverfugtes Pflaster, Rasengittersteine, Schotterrasen, Mineralbetondecke).
- 0.6.6. Wintergärten mit einer Bautiefe bis zu 3,0 m als untergeordnete Anbauten können auch außerhalb der Baugrenze errichtet werden.

EXTLICHE FESTSETZUNGE

0.7. GEBÄUDE:

0.7.1. Zur planlichen Festsetzung der Ziffer 2.1.1. und 2.1.2.

Dachform:

Satteldach

bei I+D 32 - 42° bei U+I 28 - 38°

Dachdeckung:

Pfannen oder Biberschwanz ziegelrot

Dachgaupen:

Kniestock:

bei I+D und U+I ab 35° zulässig

Max. 2 Gaupen je Dachseite mit einer Einzelvorderfläche

von max. 1,135 m x 1,26 m als stehende Gaupen.

Aneinandergereihte Dachgaupen sind unzulässig, ebenso in die Dachfläche eingeschnittene Dachterrassen oder

sonstige Einschnitte in die Dachflächen.

Der Abstand zwischen den Gaupen muß mind. 1,0 m betragen. bei I+D nicht über 1,0 m, gemessen ab OK Rohdecke bis

OK FuBpfette

bei U+I unzulässig, zulässig nur konstruktiver Dachfuß

bis 0,40 m

Ortgang: Traufe:

nicht über 1,0 m nicht über 1,0 m

Die Ortgang- und Traufüberstände können über die Vorder-

. . .

kante von Balkonen, Laubengängen oder Dachterrassen

gehen.

Wandhöhe:

bei I+D talseitig nicht über 4,80 m ab natürlicher

Geländeoberfläche

bei U+I talseitig nicht über 6,20 m ab natürlicher

Geländeoberfläche

Seitenverhältnis: Das Seitenverhältnis (Breite : Länge) darf 1:1,25

nicht unterschreiten.

0.7.2. Haustyp nach Geländeneigung (zur Planlichen Festsetzung der Ziffer 2.1.1. und 2.1.2.) Hangbauweise mit Erdgeschoß und Untergeschoß ist bei einer Geländeneigung von mehr als 1,50 m auf Haustiefe anzuwenden (U+I).

0.7.3. Fassaden:

Fassaden und Fassadenverkleidungen sind grundsätzlich in verputztem Mauerwerk, weiß, pastellfarben oder in Holz auszuführen. Großflächige Bauteile oder Verkleidungen aus Plastik, Metall oder Beton sind unzulässig. Waagrechte Fensterformate sind nur bei starken, senkrechten Fensterteilungen zulässig.

- Die Fenster- und Türöffnungen müssen zu einer ausgewogenen Gliederung 0.7.4. der Fassaden beitragen. Fenster sind als stehende Rechtecke auszubilden oder durch senkrechte Sprossen harmonisch zu untergliedern. Unterschiedliche Fensterformate müssen zumindest gleichgeneigte Diagonalen aufweisen. Viele verschiedene Fensterformate sind zu vermeiden.
- 0.7.5. Fenster- und Türöffnungen dürfen nur in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie zusammen ein einheitliches Rechteck bilden.
- 0.7.6. Alternative Energienutzung: Sonnenkollektoren sind zulässig; der Einbau in die Dachfläche hat so zu erfolgen, daß sie sich in Form, Farbe und Material ins Ortsbild einfügen.
- Veranden und Wintergärten sind in fachmännischer Ausführung in Holz 0.7.7. oder eloxiertem Metall zu erstellen. Die Dachform und Art ist dem jeweiligen Baukörper anzupassen.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- O.8. BEPFLANZUNG:
- 0.8.1. Die Freiflächen sind entsprechend den Festsetzungen durch Planzeichen zu begrünen.
- 0.8.2. Auf den jeweiligen Grundstücksflächen sind auf je 300 m² mindestens ein großkroniger Baum standortgemäßer, heimischer Art zu pflanzen.
- O.8.3. Zur Einbindung des Baugebietes in die Landschaft sollte auf einem ca.

 3,0 breiten Grünstreifen entlang der östlichen Baugebietsgrenze im südlichen Baugebietsbereich eine lockere Bepflanzung zwischen Baugebiet und
 Landschaft erfolgen. Die Bepflanzung mit heimischen Sträuchern und Gehölzen sowie großkronigen Baumarten durchzuführen. Eine entsprechende
 Randeingrünung im nördlichen Bereich ist wegen des bestehendes Kanals
 nicht möglich.
- 0.8.4. Für die Bepflanzung von Einzelbäumen und der lockeren raumbildenden Strauchpflanzung wird die Verwendung der in der Begründung zum Bebauungsplan (Pkt. V) vorgeschlagenen Bäume und Sträucher festgesetzt. Zur gestalterischen Steigerung im Gebäudebereich können bis zu 20 % Gastgehölze verwendet werden.
- O.8.5. Die Bäume und Sträucher werden in folgende Wuchsklassen eingeteilt: Großbäume über 15 m Höhe Gehölze über 4 m Höhe Kleinbäume bis 15 m Höhe Gehölze bis 4 m Höhe
- 0.8.6. Für die bodendeckende Bepflanzung werden keine Pflanzenarten vorgeschrieben oder verboten.
 - Q.8.7. Nicht zulässig sind säulenartige Koniferen sowie Thuja (in allen Arten) Lebensbaum, Chamaecyparis (in allen Arten) Scheinzypresse.
- O.8.8. Sicherstellung des Pflanzraumes:
 Oberbodenbedarf: Großbäume Baumgruben 200 x 200 x 100 cm
 Kleinbäume Baumgruben 150 x 150 x 80 cm
 Sträucher Auftrag 40 cm
 Rasen Auftrag 25 cm
- 0.8.9. Bei sämtlichen Pflanzungen sind erforderlichenfalls die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzabstände entsprechend Art. 47 und 48 AGBGB einzuhalten.
- 0.8.10. Der nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes zupflanzende Gehölzbestand ist zu pflegen und zu erhalten. Ausfälle bei Bäumen und Sträuchern sind auf Kosten des Eigentümers durch gleichartige standortheimische Gehölze zu ersetzen.
- O.8.11. Abstandszone zu Erdkabel
 Soweit Baumpflanzungen erfolgen, ist eine Abstandszone von je 2,50 m
 beiderseits von Erdkabeln freizuhalten. Läßt sich dieser Abstand nicht
 einhalten, sind im Einvernehmen mit der OBAG geeignete Schutzmaßnahmen
 durchzuführen. Pflanzungen von Sträuchern im Bereich von Erdkabeln sind
 nach Möglichkeit ebenfalls zu vermeiden. Bei Annäherung ist eine Verständigung erforderlich, damit die Pflanztiefe sowie die Sträucherart
 und deren Wurzelverhalten hinsichtlich der Versorgungsanlage überprüft
- 0.9. OBERFLÄCHENVERSTEGELUNG:

werden kann.

Die Bodenversiegelung (Teerung) ist auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Zur Aufrechterhaltung der natürlichen Versickerungsfähigkeit sind die KFZ-Stellplätze versickerungsfähig zu gestalten (z.B.Rasengittersteine, rasenverfugtes Pflaster, Schotterrasen, Mineralbetondecke).

O.10. REGENRÜCKHALTUNG:

Sämtliches von den Dachflächen anfallendes und unverschmutzes Niederschlagswasser ist soweit als möglich zu versickern. Weitere Rückhaltemöglichkeiten ergeben sich z.B. durch die Anlagen von Teichen oder Zisternen für die Sammlung von Bewässerungswasser für die Grünanlagen. Geeignete Vorkehrungen zur Regenwasserrückhaltung auf den Bauquartiere sind zu treffen.

